

Schulzki-Haddouti, C. (2012). Wikileaks und das Ideal der Öffentlichkeit. In U. Herb (Hrsg.), *Open Initiatives: Offenheit in der digitalen Welt und Wissenschaft* (S. 185-203). Saarbrücken: universaar.

URN: [urn:nbn:de:bsz:291-universaar-873](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:291-universaar-873)

URL: <http://universaar.uni-saarland.de/monographien/volltexte/2012/87>



Dieses Werk bzw. dieser Inhalt steht unter einer Creative Commons Namensnennung-Nicht-kommerziell 3.0 Deutschland Lizenz. <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/de/legalcode>

Christiane Schulzki-Haddouti

Wikileaks und das Ideal der Öffentlichkeit

Es hat weniger als ein Jahr gedauert, bis alle der rund 251.000 Depeschen aus dem US-Außenministerium im Internet veröffentlicht waren. Unfreiwillig, weil den Protagonisten rund um die Enthüllungsplattform Wikileaks diverse Sicherheitsfehler unterlaufen waren. Diese sollen hier nicht diskutiert werden, denn die scheinbar endlose Saga um diejenigen, die hinter den Veröffentlichungen steckten, hat die Medien bereits zur Genüge beschäftigt. Es geht hier um das, was hinter Wikileaks steckt: Was macht die Eigenart von Wikileaks aus? Wie kam es überhaupt zu diesem Massenleak? Ist Wikileaks ein Symptom des Informationszeitalters?

Für Julian Assange ist der Begriff der *Verschwörung* zentral. Wie würde Assange die Motivation von Wikileaks beschreiben? Angelehnt an seinen Aufsatz *State and Terrorist Conspiracies* (2006) würde Assange wohl sagen: Die wichtigste Aufgabe für Wikileaks besteht darin, die verschwörerische Macht des Systems anzugreifen, indem es den Austausch interner Informationen reduziert. Dabei unterstellt Assange jedem System, in dem entscheidungsrelevante, wichtige Informationen nicht öffentlich, sondern nur in einem begrenzten Kreis von Kommunikationsteilnehmern ausgetauscht werden, eine Verschwörung. Eine Verschwörung gegen die Öffentlichkeit, gegen die Bürger, die immer Bescheid wissen müssen.

Die Methode des *Leaking* soll durch Transparenz dort Öffentlichkeit herstellen, wo es keine gibt. Das Informationssystem der Verschwörer muss durchlässiger werden, denn damit wird die Verschwörung selbst geschwächt. Assange geht davon aus, dass das Leaking vor allem auf „geheimnistuerische oder ungerechte Systeme“ wirkt – im Vergleich zu „offenen, gerechten Systemen“. Ziel ist es, damit das „Verhalten von Regimen“ so „radikal“ zu ändern, dass sie nicht mehr „verschwörerisch handeln“. Ihre Fähigkeit, die Verbreitung von Informationen zu kontrollieren, soll geschwächt werden.

1 Transparenz und Aufklärung

Ein weiterer wichtiger Begriff ist damit die *Transparenz*. Die Macher von Wikileaks begreifen es als ihre Aufgabe, Transparenz dort herzustellen, wo bislang Intransparenz herrschte, vornehmlich in Unternehmen und staatlichen Organisationen. Wo Assange Verschwörungen sieht, wird damit klar: In Systemen und Regimen. Damit zielt sein Handeln in die Sphäre, in der Entscheidungen getroffen werden, an deren Zustandekommen nicht alle beteiligt sind, die von ihnen betroffen sind. Es geht darum, diese Verhältnisse aufzuklären. Dabei geht es Wikileaks-Gründer Julian Assange aber nicht um die Aufdeckung privater Geheimnisse: „(...) it was never my position that all privacy is bad: rather the opposite. We fought, as cypherpunks, to protect people’s privacy. What I opposed, and continue to oppose, is the use of secrecy by institutions to protect themselves against the truth of the evil they have.” (Assange, 2011)

Julian Assange zeigt sich durch die Cypherpunk-Kultur beeinflusst, die keine politischen Konventionen befolgt habe: “We were anarchists, I suppose, by temperament if not by political conviction.“ Das politische Engagement entwickelte sich erst nach und nach: „We had started off having fun and ended up wanting to change the world.“ Wobei das Verständnis der gesellschaftlichen Bedeutung der Anwendung von Kryptografie ausschlaggebend war: „There was a developing understanding that cryptography was a liberating concept and that it would allow individuals to stand up to government, to whole governments, and that it was now possible for people to resist the will of a superpower.“ Erst hieraus ergab sich ein Bezug zu den Idealen der Aufklärung: “Our temperaments were drawn to an Enlightenment sense of liberty and we felt we were part of the way forward for technology.“ Rückwirkend bezieht sich Julian Assange auch auf den englischen Aufklärer und Staatsphilosophen John Milton. Im Rückblick schreibt er: “I didn’t know it until later, but we could have called on Milton, who wrote a kind of saintly justification for civil disobedience and spoke of ‘a nation not slow and dull, but of a quick ingenious and piercing spirit, acute to invent, subtle and sinewy in discourse, not beneath the reach of any point the highest human capacity can soar to’.” (Assange, 2011)

Der Begriff der *Aufklärung* trägt es bereits in sich: Der englische Begriff *Enlightenment* beinhaltet dem Wortsinn nach, dass Licht in dunkle Verhältnisse zu bringen ist. Dabei wird Verschiedenes als „dunkel“ empfunden. Aufklärung ist damit eng mit *Transparenz* verbunden, es geht darum, Verhältnisse durchscheinend zu machen, das Licht soll durchdringend wirken können.

Transparenz wird beispielsweise auch in Open-Data-Projekten als Werkzeug verstanden, das vor allem Korruption unmöglich machen soll. Bei Open

Data geht es anders als bei Wikileaks darum, dass staatliche Behörden von sich aus so viele Daten wie möglich selbst der Öffentlichkeit in maschinenlesbarer Form zügig und aktuell zur Verfügung stellen. Damit soll nicht nur die Verwaltung effizienter werden, vor allem soll die demokratische Teilhabe durch umfassend informierte Bürger verbessert werden. Die amerikanische *Sunlight Foundation*, die sich für die Entwicklung von Open-Data-Projekten in den USA und in zahlreichen weiteren Ländern einsetzt, benannte sich nach einem Ausspruch des US-amerikanischen Juristen Louis D. Brandeis. In einer seiner Schriften, die sich mit den Möglichkeiten der Bankenkontrolle befasste, schrieb er: "Sonnenlicht soll das beste Desinfektionsmittel sein." (Brandeis, 1914)

Die Idee von der Transparenz staatlichen Handelns ist eine Idee, die in der politischen Theorie der Aufklärung bereits eine zentrale Rolle spielte und mit der schon damals eine Art säkularer Heilserwartung verbunden wurde. So verknüpfte der Philosoph Immanuel Kant das Prinzip der Transparenz untrennbar mit Rechtmäßigkeit und Legitimität einer Regierung. In seiner Schrift *Vom ewigen Frieden* (1795) überlegt er, unter welchen Umständen Staaten keinen Krieg mehr gegeneinander führen würden.

Die *Publizität* spielt bei Kant hierfür eine entscheidende Rolle: Nur wenn Regierungen ihre Politik transparent und öffentlich machten, sei Frieden möglich. Wenn die Interessen der Regierungen mit denen der Regierten übereinstimmten, sei Krieg nicht mehr möglich. Die "transzendente Formel des öffentlichen Rechts" beschreibt er folgendermaßen: "Alle auf das Recht anderer Menschen bezogene Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht." Mit Publizität könne "alles Misstrauen" entfernt werden. Eine Konsequenz daraus sei, dass es keine geheimen Nebenabreden zu internationalen Verträgen geben dürfe, damit die Bürger alles jederzeit kontrollieren könnten.

Öffentlichkeit und Transparenz waren auch für den französischen Aufklärer Marquis de Condorcet ein wesentliches Moment aufklärerischer Werte wie Gleichheit und Freiheit. Er glaubte, dass alle Bürger über ihr eigenes Schicksal bestimmen können, wenn sie gleichberechtigten Zugang zum Wissen erhielten. Er entwickelte ein Schema für die Klassifizierung sämtlichen Wissens mit Hilfe eines Dezimalsystems. Und er skizzierte die Vision einer Sprache aus universellen Zeichen, die logisches Denken ersetzen könnte. Sie sollte nicht nur auf soziale, sondern auch auf logische Beziehungen anwendbar sein und "allen von der menschlichen Intelligenz erfassbaren Dingen die Möglichkeit eines Rigorismus und einer Präzision" eröffnen, "welche die Erfahrbarkeit der Wahrheit erleichtern und Irrtümer nahezu ausschließen" würde. (zit. nach Alder, 2003, S. 183) Condorcet kann damit als ein Vordenker des Informationsalters gelten.

Condorcet unterstützte die Einführung des metrischen Systems und hoffte in Folge einer Währungsreform Wirtschaftsbeziehungen effizienter gestalten zu können. Dies würde sicherstellen, "dass sich künftig alle Bürger bei allen Berechnungen hinsichtlich ihrer eigenen Interessen auf sich selbst verlassen können; denn ohne diese Unabhängigkeit können sie weder jemals rechtlich gleichgestellt, ... noch wahrhaft frei sein". (ebd.) Bemerkenswert ist hier, dass Condorcet das Ziel der Effizienz und Transparenz mit den Werten der Gleichheit und Freiheit verbindet.

Im Umkehrschluss müssten überall dort, wo wenig oder keine Transparenz möglich ist, illegale Praktiken wie etwa Korruption blühen. Aus den Jahresberichten von *Transparency International*, der Organisation, die sich der Bekämpfung von Korruption weltweit verschrieben hat, lässt sich tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Korruption und Demokratie herstellen: So sind in demokratischen Staaten korrupte Handlungen weniger verbreitet. Zum Selbstverständnis von *Transparency International* gehört die Überzeugung, dass "Demokratie gleiche Zugangsmöglichkeiten zu politischen Entscheidungen" bedeutet und "den gleichen und freien Zugang zu den entscheidungsrelevanten Informationen" voraussetzt. Demokratie an sich ist jedoch kein Garant für Transparenz: Die demokratische Staatsform werde nur als eine nicht-korrupte Demokratie überleben. Hierfür müssten ihre "Grundlagen - Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit - für den Einzelnen erfahrbar bleiben" (*Transparency International*, 2011).

Genauso gibt es auch einen deutlichen Zusammenhang zwischen Presse- und Meinungsfreiheit und Demokratie: Dort, wo Öffentlichkeit leichter hergestellt werden kann, gibt es in der Regel demokratische Regierungsformen. Dies zeigt beispielsweise der jüngste Bericht "Freedom on the Net 2011" von *Freedom House*. Er weist darauf hin, dass Zensurmaßnahmen in allen Staaten von Intransparenz gekennzeichnet sind: Bürger werden nicht oder kaum darüber informiert, warum welche Inhalte zensiert werden (Cook & Kelly, 2011, S. 4). Dies führe etwa in China zur Selbstzensur bei Bloggern (ebd. 100). Gleichwohl macht der Bericht darauf aufmerksam, dass bereits in zwei Demokratien, nämlich der Türkei und Südkorea, politische Zensur im Internet zu beobachten ist. Zensur schränkt also nicht nur Öffentlichkeit ein, sondern geht in der Regel mit intransparenten Entscheidungen einher, die den öffentlichen Raum über die konkreten Maßnahmen hinaus noch mehr schrumpfen lassen.

Es gibt ökonomische Ansätze, um die Annahme zu untermauern, dass Transparenz, Informationszugang und die Qualität von Governance miteinander zusammenhängen. Die Ökonomin Roumeen Islam zeigte in einer Analyse für die Weltbank anhand eines Transparenz-Index und einem Informationszugs-Index, dass beide hinsichtlich der Qualität der Regierungsführung posi-

tiv korrelieren. Empirisch nachgewiesen geht eine bessere Regierungsführung wiederum mit einem höheren Wirtschaftswachstum einher. Islam sieht daher eine enge Beziehung zwischen besseren Informationsflüssen und höheren Wachstumsraten von Volkswirtschaften (Islam, 2003, S. 36)

2 Geheimnis und politische Öffentlichkeit

Wikileaks-Gründer Julian Assange verneint das Recht von Organisationen auf Geheimnisse. Doch in welcher Organisation gibt es keine Geheimnisse? In Staaten gibt es Staatsgeheimnisse, in Unternehmen Betriebsgeheimnisse. Was den Einzelnen betrifft, gibt es ein Recht auf Privatsphäre bzw. auf das Recht, vom Staat „in Ruhe gelassen zu werden“, wie ein amerikanischer Richter im 19. Jahrhundert formulierte (Warren & Brandeis, 1890). Institutionelle Geheimnisse stellen Informationen dar, die nicht einer einzigen Person bekannt sind, sondern einem beschränkten Personenkreis. Damit sind die Geheimnisse einer eingeschränkten Öffentlichkeit bekannt, innerhalb derer sie diskutiert werden. Der Anspruch von Assange auf Öffentlichkeit ist demnach absolut, weil er keine wie auch immer gearteten Teilöffentlichkeiten akzeptiert, da er diese als Verschwörungen begrift.

Ein wichtiges Merkmal von Wikileaks besteht also darin, für Inhalte eine Öffentlichkeit herzustellen, die vorher nur einer Teilöffentlichkeit bekannt waren. Damit ist jedoch noch keine Aussage über die gesellschaftliche Relevanz dieses Vorgehens getroffen. Hierfür ist es notwendig zu einer politikwissenschaftlichen Perspektive zu wechseln, die den Anspruch auf politische Öffentlichkeit als essentielles Merkmal eines demokratischen Systems versteht.

Viele Theorievarianten sehen in der Öffentlichkeit einen Garanten für die Qualität politischer Willensbildung. Erst wenn die Betroffenen sich an öffentlichen Diskursen beteiligen können, kann demokratische Legitimation entstehen. Partizipation durch Öffentlichkeit gilt daher als ein zentrales Merkmal von Demokratie. Die politische Öffentlichkeit wird als ein „intermediäres System“, ein „Kommunikationssystem begriffen, in dem Informationen zwischen Regierung und Bürgern ausgetauscht werden“ (Hans-Bredow-Institut, 2006, S. 263).

Die Idee von der *deliberativen Demokratie* geht mit Jürgen Habermas davon aus, dass alle Bürger einer Demokratie an einem Diskurs über politische Themen teilhaben können. Dabei gibt es weder einen Druck von außen, noch gibt es Zwänge innerhalb des Diskurses. Unter *Deliberation* sind dabei politische Argumentationsprozesse zu verstehen, die grundsätzlich öffentlich sein müssen.

Eng damit verknüpft ist die Frage der *Legitimität* einer Herrschaft. Legitimität lässt sich nach Habermas durch die Konstituierung eines „Netzwerk[s] von Diskursen und Verhandlungen“ herstellen, „das die rationale Lösung pragmatischer, moralischer und ethischer Fragen ermöglichen soll – eben jene Probleme einer andernorts versagenden funktionalen, moralischen oder ethischen Integration der Gesellschaft“ (Habermas, 1992, S. 388f., zit. nach Brunkhorst et al., 2009, S. 301) Das Ergebnis gilt dann als legitim, wenn das Verfahren für die Diskurse und Verhandlungen sowohl rational wie partizipativ ausgestaltet ist. Es kommt hiermit auf die „Kommunikationsbedingungen und Verfahren an, die der institutionalisierten Meinungs- und Willensbildung ihre legitimierende Kraft verleihen“ (Habermas, 1996, S. 285).

Deliberative Öffentlichkeit entsteht zum einen in institutionalisierten Öffentlichkeiten im Zentrum des politischen Systems wie etwa dem Parlament, den Gerichten und der Verwaltung. Zum anderen entsteht sie auch im Rahmen einer informellen Meinungsbildung an der gesellschaftlichen Peripherie des politischen Systems. Beide Sphären stehen in einem engen kommunikativen Zusammenhang, gleichwohl unterscheidet sich die Zivilgesellschaft als „soziale Grundlage autonomer Öffentlichkeiten“ vom „ökonomischen Handlungssystem“ und der öffentlichen Administration (Habermas, 1992, S. 288). Habermas betont, dass Bürger politisch gleich beteiligt werden müssen. Nur so könnten sich die Adressaten der Gesetze als deren Autoren verstehen (Habermas, 2005, S. 433-435, zit. nach Brunkhorst et al., 2009, S. 302).

Bernhard Peters weist darauf hin, dass die Partizipation an öffentlicher Deliberation durch „vielfältige und komplizierte Formen von Ungleichheit oder Stratifikation“ in realen Öffentlichkeiten bislang weder theoretisch, noch empirisch ausreichend analysiert und hinsichtlich ihrer Konsequenzen auf die Postulate der normativen Theorie bedacht wurde (Peters, 2001, S. 658). Diese Ungleichheiten rühren aus einem Diskurs, der eben nicht idealerweise rational wie partizipativ gestaltet ist. Diese Ungleichheiten vorausgesetzt, bestünde die Aufgabe bzw. Funktion von Wikileaks darin, die Ungleichheiten des Diskurses aufzuheben und einen rationalen wie partizipativen Diskurs wiederherzustellen, damit eine deliberative Öffentlichkeit sowohl in der öffentlichen Administration, als auch in der Sphäre der Zivilgesellschaft wiederhergestellt wird.

3 Macht- und Kontrollfragen

Wie lässt sich ein Diskurs beschreiben, der nicht partizipativ ist, das heißt, der Personen bzw. Gruppen nicht teilhaben lässt oder etwa aufgrund bestimmter Regelwerke ausschließt? Ließe er sich doch nach Assange als *Verschwörung* beschreiben? Sind institutionelle Geheimnisse danach konstitutiv für institutionelle Verschwörungen gegen die Bürger?

Michel Foucault ging der Frage nach, welche Rolle Macht in Diskursen spielt. Dabei stellte er fest, dass es bestimmte Regeln gibt, die bestimmen, was gesagt werden kann und was nicht, und wer etwas wann wie sagen darf. Diese Regeln können aus Verboten bestehen, der Ausgrenzung von bestimmten Personen, die nichts sagen dürfen, sowie aus dem Willen zum Wissen bzw. zur Wahrheit. Foucault „setzte voraus, dass in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird - und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und die Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu bannen“. (Foucault, 2000, S. 10f.).

Die diskursive Praxis basiert nach Foucault nicht nur auf sprachlichen, sondern auch auf nichtsprachlichen Aspekten wie etwa politischen oder medialen Institutionen. Diskurse werden reguliert durch bestimmte Prinzipien. Dazu zählt Foucault die Verknappung, die etwa dann eintritt, wenn nur bestimmte Subjekte zum Sprechen autorisiert sind. Die Autorisierung kann durch Institutionen erfolgen. Sie brauchen zwar Informationskreisläufe, müssen diese aber aus Eigeninteresse kontrollieren, da sie diese für Steuerungszwecke als Machtmechanismus einsetzen. Foucault spricht hier von einer Geheimnisbewirtschaftung durch so genannte *Diskursgesellschaften*. Wobei er davon ausgeht, dass Strategien der Ausschließung den verschwiegenen Gegenstand zur Erscheinung bringen können.

Wikileaks hat Institutionen im Visier, die Informationen vertraulich behandeln, weil sie bestimmte Informationen der politischen Öffentlichkeit vorenthalten wollen. Wikileaks greift damit mit Foucault die Verknappungs- und Ausschließungsmechanismen gezielt an. Das Pentagon etwa hatte im Irakkrieg ein vitales Eigeninteresse bestimmte Informationen geheim zu halten bzw. nur einem beschränkten Personenkreis zugänglich zu machen. Das Beispiel des *Collateral Murder-Videos* präsentierte Wikileaks als Beleg für seine These, dass Geheimhaltung stattfindet, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Das amerikanische Verteidigungsministerium hatte tatsächlich kein Interesse an der öffentlichen Aufklärung des gezeigten Vorfalles, der zeigte, wie Zivilisten sowie Journalisten, die sich der Herstellung von Öffentlichkeit verpflichtet hatten,

durch die Hand seiner Soldaten in einem offensichtlichen Irrtum umgebracht wurden. Da das Pentagon selbst auf Drängen der Arbeitgeber der Journalisten den Vorfall lange Zeit nicht aufklärte, zeigte dies seinen Willen, die Verbreitung bestimmter, ausgewählter Informationen durch Geheimhaltung zu kontrollieren, um die Öffentlichkeit über den wahren Hergang der Ereignisse im Unklaren zu lassen.

Im Falle der Depeschen des US-Außenministeriums muss festgestellt werden, dass diese zuvor einer sehr großen Teilöffentlichkeit verfügbar waren. Die Dokumente stammen aus einem Intranet namens *SIPRnet* (Secure Internet Protocol Routing Network), auf das ab 2003 rund 500.000 Nutzer Zugriff hatten. An das SIPRnet waren rund 50.000 Rechner des US-Militärs angeschlossen, 10 Prozent dieser Rechner verfügten über USB-Schnittstellen und DVD-Brenner, also nur schwer kontrollierbare externe Schnittstellen. Für Sicherheit sollten offensichtlich nicht technische, sondern regulatorische Maßnahmen wie Sicherheitsüberprüfungen und Strafandrohungen sorgen. Eine Umstellung auf eine Zugangskontrolle per Smartcards war frühestens für 2013 geplant. Die Dokumente des Außenministeriums waren ebenfalls im SIPRnet verfügbar, da mit dem *Patriot Act 2003* die Vernetzung verschiedener Datenbanken beschlossen worden war. (Moechel, 2011)

Hinter der Vernetzung verschiedener Datenbanken steht eine Doktrin des *Information Warfare*, die möglichst vielen eine gute Lagesicht (*God's Eye View*) gewähren sollte (Ruhmann & Bernhardt, 2003), aber dabei das an ein zentralisiertes Herrschaftswissen gekoppelte alte *need to know*-Prinzip aushebelte. Theoretisch sollten einzelne Kämpfer weiterhin nur das Wissen erhalten, was sie brauchten, doch praktisch hatten sie Zugang zu mehr Wissensbeständen als je zuvor. Es ist daher nicht unangemessen, von einem Kontrollverlust innerhalb der Teilöffentlichkeit der US-Behörden, ja von einem institutionellen Versagen zu sprechen, der längst vor dem Leak der 251.000 Depeschen eingetreten war.

4 Wahrnehmungslenkung

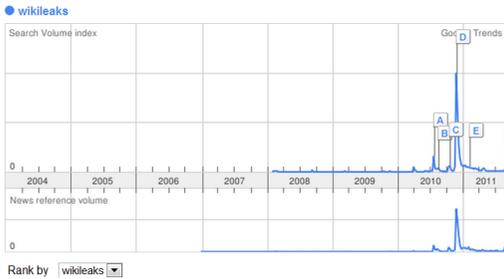
Foucault erklärt zwar Verknappungsmechanismen, jedoch nicht, wie Teilöffentlichkeiten mit politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeiten zusammenwirken. Ob institutionelle Teilöffentlichkeiten etwa qua ihres Wissensvorsprungs manipulativ auf die politische Öffentlichkeit wirken. Habermas tut dies allerdings ebenfalls nicht. Auch andere Öffentlichkeitstheorien befassen sich nicht mit der Frage von geschlossenen Teilöffentlichkeiten. Von einer theoretischen

schen Perspektive aus kann diese Frage daher vorerst nicht behandelt werden. Wikileaks setzt jedenfalls an der Frage der Verfügbarkeit von Information an: Wären vormals geheime Informationen öffentlich, würde sich auch der Diskurs ändern, so der idealistische Anspruch von Wikileaks. Allerdings bestimmen auch medienspezifische Mechanismen wie etwa professionelle Regeln der Nachrichtenauswahl, welche Themen und Meinungen vermittelt und damit auch, wie Öffentlichkeit strukturiert ist. Die Betreiber von Wikileaks mussten rasch feststellen, dass viele von ihnen veröffentlichten Dokumente nicht oder aus ihrer Sicht nur unangemessen von den Medien aufgegriffen wurden. Als große Enttäuschung bewerteten sie mediale Resonanz auf die Veröffentlichung einer Datenbank zu Anschaffungen des US-Militärs.

Weil die Herstellung von politischer Öffentlichkeit eine zentrale Funktion der Medien ist, sieht Assange ein ständiges Versagen der Medien. Immer wieder wirft er ihnen vor, Themen zu vernachlässigen, sie zu manipulieren, zu unterdrücken oder gar zu zensurieren. Und er kann es sogar vereinzelt mit Hilfe von Leaks nachweisen. So zeigte etwa eine US-Depesche, dass der Nachrichtenchef von Al-Dschasira auf Bitten der US Defense Intelligence Agency seine Irak-Berichterstattung deutlich entschärft hatte.

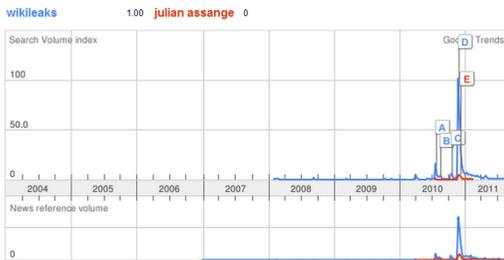
Während Julian Assange zu Anfang von der Theorie ausgegangen war, dass sich Öffentlichkeit durch eine einfache Veröffentlichung herstellen ließe, da diese verschwörerische Verbindungen aufdecken würde, musste er auch die Arbeitsweise von Medienorganisationen reflektieren, um politische Öffentlichkeit herstellen zu können.

Die Herstellung von politischer Öffentlichkeit gelingt nur, wenn die von einem Diskurs Betroffenen adressiert werden können. Wikileaks versuchte seit 2010 mit verschiedenen Strategien die Aufmerksamkeit der Medien gezielt zu beeinflussen – zunächst durch Eigenproduktion, dann durch Kooperation. Während in der Anfangszeit die Dokumente auf der Website nach einer Überprüfung ihrer Authentizität mit verschiedenen Methoden meist unkommentiert veröffentlicht wurden, versuchte Wikileaks im April 2010 mit dem Video *Collateral Murder* erstmals übermittelte Informationen mediengerecht aufzubereiten und zu präsentieren: Das Material wurde geschnitten, kommentiert und auf einer eigenen Pressekonferenz in Washington D.C. vorgestellt. Die Wirkung war beachtlich. Für nicht wenige Medienvertreter war dies das erste Mal, dass sie die Plattform überhaupt wahrnahmen, was unter anderem auch einer Auswertung von *Google Trends* zum Stichwort „Wikileaks“ zu entnehmen ist:



- [A Wikileaks: More documents coming on Afghan war](#)
USA Today - Jul 26 2010
 - [B Wikileaks founder wanted in Sweden for rape](#)
Channel News Asia - Aug 21 2010
 - [C shadow war in Iraq: WikiLeaks](#)
Sydney Morning Herald - Oct 23 2010
 - [D Wikileaks controversy](#)
Korea Times - Dec 3 2010
 - [E Wikileaks insider dishes dirt on Assange](#)
Bangkok Post - Feb 10 2011
 - [F Wikileaks: Breach exposed unredacted US cables](#)
The Seattle Times - Sep 1 2011
- [More news results >](#)

Trotz intensiver Berichterstattung über die Person des Wikileaks-Gründers Julian Assange dominierte das Interesse an Wikileaks selbst deutlich, wie ein Vergleich der Suchbegriffe „Wikileaks“ und „Julian Assange“ in folgender Google-Trends-Auswertung zeigt:



- [A Wikileaks: More documents coming on Afghan war](#)
USA Today - Jul 26 2010
- [B Wikileaks founder wanted in Sweden for rape](#)
Channel News Asia - Aug 21 2010
- [C shadow war in Iraq: WikiLeaks](#)
Sydney Morning Herald - Oct 23 2010
- [D Wikileaks controversy](#)
Korea Times - Dec 3 2010
- [E Wikileaks founder Julian Assange arrested](#)
Los Angeles Times - Dec 7 2010
- [F Wikileaks: Breach exposed unredacted US cables](#)
The Seattle Times - Sep 1 2011

Eine Abfrage der Google-Trends-Funktion am 25.9.2011 zeigt starke Schwankungen in der Web-Suche nach den Stichwörtern „Wikileaks“ und „Julian Assange“, die dem in Google News abgebildeten Geschehen weitgehend entspricht. Die Suche nach „Julian Assange“ zeigt ein deutlich geringeres Interesse an der Person des Wikileaks-Gründers.

Ein erneuter Strategiewechsel sowie eine zweite Wahrnehmungsspitze folgten im Sommer 2010 mit der Veröffentlichung der so genannten afghanischen Kriegstagebücher in enger Kooperation mit ausgewählten führenden Medien. Hier war Wikileaks erstmals eine enge Kooperation mit den Massenmedien eingegangen, die Ende November mit der ersten Veröffentlichungstranche der Depeschen des US-Außenministeriums fortgesetzt wurde. Diese erzielte weltweit die höchste Öffentlichkeitswirkung. Assange wollte die USA mit den ersten Veröffentlichungen nicht zu sehr zu brüskieren. Die Geschichten sollten nur nach und nach erscheinen, außerdem sollten sie anfangs weder Themen zu Israel, noch zu Kuba aufgreifen.

Während zu Beginn nur eine Handvoll von Medien Zugang zu den Depeschen erhielt, waren es im Spätsommer 2011 nach Aussage von Julian Assange um die 90 Medien weltweit. Der Grund hierfür ist offensichtlich: Die Depeschen beschäftigten sich nahezu weltweit mit lokalen Ereignissen, die vor allem für die lokalen Medien relevant waren. Die anfängliche Auswertung durch *Spiegel*, *Guardian*, *El Pais*, *Le Monde* und *New York Times* folgte der Frage, welche Themen für das eigene Publikum berichtenswert waren.

Von Anfang an sah Assange in den klassischen Medien einen Partner, den es nicht zu ersetzen galt. Schon früh habe er daran gedacht, dass Whistleblower selbst entscheiden sollen, an welche Publikation ihre Dokumente weitergereicht werden sollen. Von seinen Medienpartnerschaften zeigt er sich jedoch schwer enttäuscht: Sie wollten große Geschichten, schreibt er in seiner Autobiografie, aber sie könnten damit nicht umgehen, wenn es heiß werde. Medien wie der *Guardian* und die *New York Times* hätten Wikileaks als politisches Schutzschild verwendet, statt sich als Presseorgane vor Wikileaks zu stellen, das lediglich als Informant fungiert habe.

5 Anfangs dominieren klassische Nachrichtenfaktoren

In den ersten Monaten wurden nur wenige tausende Depeschen von den Redaktionen verarbeitet und auf Wikileaks veröffentlicht. In den ersten 2,5 Monaten wurden nur 1,5 Prozent der Depeschen ausgewertet. Aufgegriffen wurden die Themen, die einen klassischen Nachrichtenwert haben. Auffällig war dies bei der Auswahl der Titelgeschichte des *Spiegel*, die die Bewertung bekannter Politiker durch die US-Diplomaten skandalisierte. Die Personalisierung ist eine erfolgreiche Strategie, um das Interesse der Rezipienten zu steigern. Ein weiterer Nachrichtenfaktor war natürlich die Überraschung.

Die Enthüllung der Depeschen selbst war eine Nachricht wert. Unerwartete Ereignisse lösen meist ein besonderes Interesse aus und können publikumswirksam inszeniert werden. Die Geschichte über den Auftrag des US-Außenministeriums UNO-Mitarbeiter auszukundschaften thematisierte eine gesellschaftliche Normverletzung, die auf eine rechtswidrige Handlung zurückging. Das heißt, die Entscheidung über eine Veröffentlichung basierte auf einer Suchstrategie, die sich an den Nachrichtenfaktoren orientierte.

Eine komplexe Geschichte hingegen wie die Liste der kritischen Infrastrukturen wurde erst sehr viel später publiziert. Aufgegriffen wurde sie von der Tagespresse, die aber nicht die Bedeutung der Liste hinsichtlich ihrer politisch-strategischen Bedeutung analysierte. Dies hätte in die komplexe Diskussion um die Strategiefindung für den Schutz kritischer Infrastrukturen geführt,

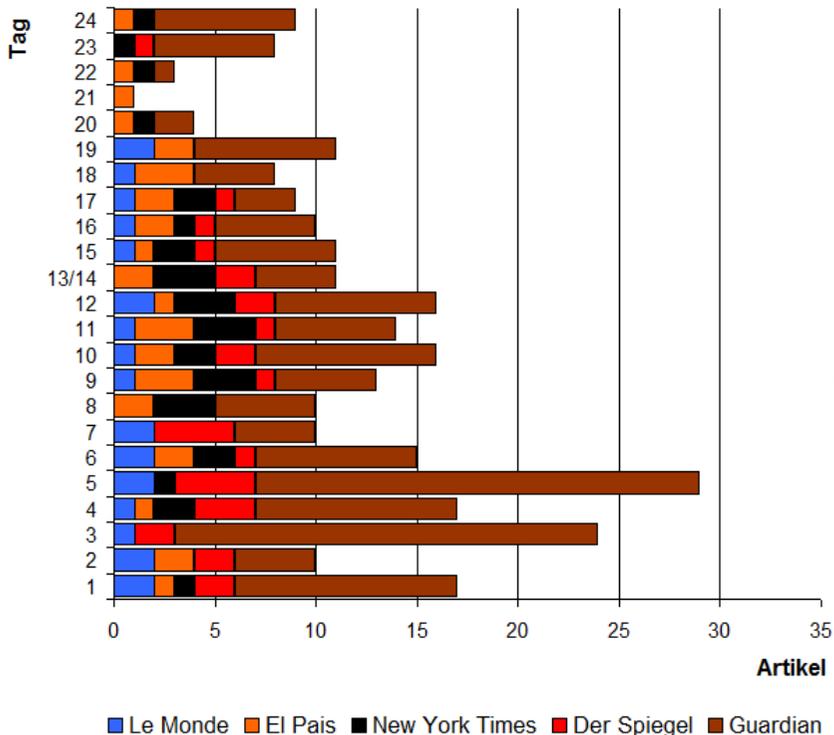
die aktuell auf EU- und Bundesebene geführt wird, die aber nur fachlich interessierten Lesern vermittelbar ist.

Komplexe Themen scheinen bei der Auswertung insgesamt vernachlässigt worden zu sein. Sie verlangen deutlich mehr Nachrecherche und Einordnung, sind also aufwändiger in der Aufarbeitung. Ausgeklammert wurden zudem Themen, die nur für Fachöffentlichkeiten interessant waren, etwa das Thema „Cyber Security“, das in vielen Depeschen eine Rolle spielte.

24 Tage protokollierte die britische Tageszeitung *The Guardian* auf ihrer Website, was die *New York Times*, *Der Spiegel*, *Le Monde*, *El País* und sie selbst über die 251.000 Depeschen des US-Außenministeriums veröffentlichten. Am 22. Dezember schließlich der letzte Eintrag, der unter anderem auf ein Interview des Spiegels mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière hinwies, der WikiLeaks als „ärgerlich, aber keine Bedrohung“ bezeichnete. Einen Tag zuvor hatte US-Vize-Präsident Joe Biden WikiLeaks-Chef Julian Assange noch als „Hightech-Terrorist“ bezeichnet.

Eine Auswertung dieser Chronologie zeigt, dass der *Guardian* mit Abstand das Meiste aus den Depeschen machte: Er veröffentlichte in den ersten 24 Tagen 158 Artikel, das sind 7 Artikel täglich. Etwa auf einer Augenhöhe befinden sich der Spiegel mit 30 Beiträgen, die *New York Times* mit 32 Beiträgen und *El País* mit 33 Beiträgen – und etwa 1,4 Artikeln pro Tag im Schnitt. Deutliches Schlusslicht ist *Le Monde* mit 23 Beiträgen – mit gerundet etwa einem Beitrag täglich. Allerdings sind etliche Artikel des Spiegels dabei nicht berücksichtigt. Nach Auskunft des Spiegel-Sprechers Hans Ulrich Stoldt veröffentlichte der Spiegel im Heft und Special-Heft sowie online in diesem Zeitraum insgesamt 143 Beiträge. Damit ist der *Guardian* aber immer noch ungefochtener Spitzenreiter.

Die meisten Beiträge wurden in der ersten Woche veröffentlicht, in der zweiten Woche ging die Frequenz zurück, in der Woche vor Weihnachten stellten einige Redaktionen die Berichterstattung ganz ein. Der Spiegel veröffentlichte laut der Zählung des *Guardian* nur noch eine einzige Geschichte. Von Weihnachten bis zum 18.1. veröffentlichte er nach Angaben von Stoldt nur noch weitere 5 Beiträge. Eine Planung, in welchem Tempo weiterhin veröffentlicht werden soll, gab es nicht. Keine Auswertung gibt es darüber, in welchem Ausmaß diese Berichte von anderen Medien aufgegriffen und weiter recherchiert wurden.



Die grafische Darstellung der Auswertung des Guardian der ersten 24 Tage nach Beginn der Veröffentlichung der Depeschen des US-Außenministeriums zeigt ein sehr unterschiedliches Engagement der beteiligten Medienhäuser. (Grafik: Christiane Schulzki-Haddouti)

Nachdem die Berichte in den fünf Medienpartnern kontinuierlich zurückgingen, baute Wikileaks die Partnerschaft mit weiteren Medien weltweit aus. Kurz vor der Veröffentlichung aller US-Depeschen Ende August waren es rund 90 Medienpartner, wobei einzelne wie die norwegische Tageszeitung *Aftenposten* und die deutsche Tageszeitung *Die Welt* unautorisierten Zugriff durch ein Sicherheitsleck bei Wikileaks erhielten.

6 Kontrollverlust

Es liegt eine gewisse Ironie darin, dass die rund 251.000 Depeschen letztlich aufgrund interner Sicherheitslücken bei Wikileaks unredigiert veröffentlicht werden mussten. Wikileaks erlag wie auch das Pentagon und andere Organisationen einem Kontrollverlust. Der amerikanische Jurist Lawrence Lessig, bekannt geworden durch die Entwicklung des offenen Lizenzsystems der Creative Commons, sieht in seinem Aufsatz „Against Transparency“ einen direkten Zusammenhang zwischen der Digitalisierung, Transparenz und Kontrollverlust (Lessig, 2009). Überall dort, wo neue Veröffentlichungsformate und Auswertungstechniken neue Darstellungen und Erkenntnisse ermöglichen, seien unerwartete Konsequenzen beziehungsweise umwälzende Entwicklungen zu erwarten. Er stellt dabei einen direkten Zusammenhang mit dem Filesharing her, das die etablierten Verwertungsketten für Audiokünstler veränderte und damit zur Reform des Urheberrechts zwingt.

Das Prinzip des Filesharings findet sich auch bei Wikileaks wieder. Zwar veröffentlichte Wikileaks anfangs wie John Young auf seiner Whistleblower-Plattform Cryptome noch ähnlich überschaubare Datenmengen. Doch spätestens die geleakten Dateien aus dem US-Verteidigungsministerium und dem US-Außenministerium sprengten den Rahmen des bisher da Gewesenen und verlangten neue Strategien der Auswertung und Veröffentlichung. Möglich war dies nur, weil die Kontrolle des Informationsflusses innerhalb dieser Institutionen nicht mehr funktionierte. Ähnliches erfuhr auch die Musikindustrie, als sie die Verbreitung von Audiodateien im Netz nicht mehr kontrollieren konnte.

Vertraulichkeit und Geheimhaltung hätten nur gewahrt werden können, wenn die Kontrolle darüber, wer wann welche Informationen wie erhält, vollkommen gewesen wäre. Dies verlangt eine komplexe Verfahrenskontrolle nicht nur auf technischer Ebene, sondern auch auf der Ebene der menschlichen Kommunikation. Eine Kontrolle, die in einer Umgebung des Informationsüberflusses eigentlich paradox ist. Gatekeeping in Zeiten des Netzwerks scheint nicht mehr möglich zu sein. Damit bricht eine neue Periode der Transparenz an, die alle Beteiligten betrifft: Nicht nur Institutionen, auch die Medien verlieren ihre Gatekeeper-Rolle. Selbst die Herausforderer des alten politisch-medialen Systems müssen lernen, unter den neuen Bedingungen zu arbeiten.

Aus systemtheoretischer Sicht werden homogene Funktionssysteme durch heterogene Netzwerke abgelöst, wie der Soziologe Dirk Baecker formuliert:

„Wir bekommen es mit unwahrscheinlichen Clusterbildungen, mit seltsamen Verknotungen von Geschichten, Milieus, Leuten und Organisationen zu tun, mit Possen, die die Gesellschaft durchkreuzen, ohne dass man

wüsste, woher sie kommen und wohin sie verschwinden. Unsere Kultur wird sich von der Vernunft der Moderne noch weiter verabschieden und sich stattdessen mit einer Komplexität anfreunden, mit der man die Berührung suchen muss, ohne auf ein Verstehen rechnen zu können.“ (Strobl, 2010).

Ob mehr Transparenz auch in ein Mehr an Demokratie mündet, ist noch nicht ausgemacht. Obwohl aufklärerische Positionen einen direkten Wirkzusammenhang sehen, müssen die Kommunikationsteilnehmer erst lernen, mit den neuen Informationsströmen umzugehen. Wie die bisherige Praxis der Auswertung der US-Depeschen vermuten lässt, sind immer noch alte Auswertungsmechanismen wie klassische Nachrichtenfaktoren wirksam. Vermutete neue Mechanismen werden erst entstehen können, wenn viele, nicht institutionell eingebundene Akteure sich an der Auswertung und Bewertung der Informationen beteiligen.

7 Fazit

Die Bewertung der Depeschen fiel – anders als bei dem Video *Collateral Murder* – in den ersten Wochen und Monaten der Veröffentlichungen sehr unterschiedlich aus. Während die *Süddeutsche Zeitung* schrieb, es wäre „am Ende das Beste gewesen, die Datenflut wäre nie aus den Computern gequollen“, sah *Bild* Kriminelle am Werk. *Zeit*-Herausgeber Josef Joffe kritisierte, dass nicht ein „Ein-Mann-Rächer“ über die Auswahl der Veröffentlichungen zu entscheiden habe, sondern „Parlamente und Gerichte, also der Rechtsstaat“. Jakob Augstein hingegen glaubte: „Ein Journalist, der die Wikileaks-Daten zuerst unter dem Gesichtspunkt der nationalen, oder – schlimmer noch – westlichen Sicherheit sieht, hat sich selbst erfolgreich zu Bett gebracht – und die Pressefreiheit gleich mit.“ (Augstein, 2010)

Der Politikwissenschaftler Christoph Bieber sah die Bedeutung der Ereignisse weniger in den Meinungsäußerungen und Analysen, sondern in den Aktivitäten, die sich in den USA entfalteten und die Assanges politischer Haltung recht zu geben schienen: „Die Verbannung von Amazon-Servern, der Entzug des Domainnamens, die Schließung von digitalen Spendenkanälen, erst recht die Straf- und Todesandrohungen in aller Öffentlichkeit geschahen allesamt nicht im Rahmen formeller Rechtsverfahren, sondern durch genau jenen politischen Druck, den Assange in seinen vier Jahre alten und erst jetzt diskutierten Essays als unsichtbares Regieren anprangert.“ (Bieber, 2010)

Victoria Baranetsky schrieb im *Harvard Civil Rights Civil Liberties Law Review* ebenfalls Anfang 2011, dass diejenigen, die die Leaks unterstützen, auf die zunehmende Geheimhaltung der Regierung seit den Jahren der Bush-Administrationen verwiesen, die zu zunehmend uninformierten Wählern führe. Wikileaks sei daher ein Watchdog, der im Namen der Transparenz und Offenheit diese Gefahr bekämpfe. Kritiker wiederum argumentierten damit, dass die Geheimhaltung für die Sicherheit notwendig sei und Transparenz daher nicht per se gerechtfertigt sei. Wikileaks habe die Balance verloren, da es die nationale Sicherheit der USA gefährde. Anders als die Pentagon-Papiere von Daniel Ellsberg enthielten die Enthüllungen von Wikileaks keine Message. (Baranetsky, 2011).

Julian Assange führt inzwischen die arabische Revolution auf die Wikileaks-Veröffentlichungen zurück. Das ist insbesondere in Bezug auf Tunesien allerdings umstritten. Während der britische Generalsekretär von *Amnesty International*, Salil Shetty, Wikileaks eine Katalysatoren-Rolle zuspricht (Walker, 2011) und damit der Position der *Foreign Policy*-Autorin Elizabeth Dickinson (Dickinson, 2011) folgt, glaubt Jilian C. York von der *Electronic Frontier Foundation*, dass Wikileaks mit der tunesischen Revolution „wenig bis gar nichts“ zu tun hat (York, 2011).

Eric Schlechter schrieb in einem Beitrag für den *Carnegie Council*, dass die Tunesier mehr über die Korruption wussten, als was Wikileaks später veröffentlichte (Schlechter, 2011). Der Auslöser für die Revolution sei die Selbstverbrennung des jungen Obsthändlers Mohamed Bouazizi gewesen, der von staatlichen Behörden drangsaliert worden war. Schlechters Ansicht nach trägt sogar die an den Veröffentlichungen der Depeschen beteiligte britische Tageszeitung *The Guardian* die Verantwortung dafür, dass Wikileaks im Rückblick eine bedeutende Rolle zugeschrieben wird. Sie hatte einen unbekanntem Aktivist mit einer Aussage zitiert, die einen Zusammenhang zwischen der Selbstverbrennung und den kurz zuvor erfolgten Wikileaks-Veröffentlichungen hergestellt hatte.

Noch ist es zu früh für eine Beurteilung des Phänomens Wikileaks. Doch es deutet alles darauf hin, dass es Teil einer weitreichenden, weltweiten Transparenzbewegung ist, die von staatlichen wie privaten Institutionen mehr Offenlegung ihrer Aktivitäten verlangt. Das Internet ist ein Werkzeug, das für Veröffentlichungen, Analysen wie weitergehende Aktionen verwendet werden kann. Hierfür können Methoden des Crowdsourcings ebenso verwendet werden wie die der Datenanalyse. So sind etwa einzelne Redaktionen nachweislich überfordert, wenn es darum geht, die Hunderttausenden Dokumente der Kriegstagebücher aus Afghanistan und Irak sowie die Depeschen des US-Außenministeriums systematisch auszuwerten. Hier ergänzen Freiwillige

beziehungsweise zivilgesellschaftliche Aktivisten die Arbeit in den Redaktionen durch eigene Auswertungen. Eine Analyse der in den afghanischen Kriegstagebücher enthaltenen Geodaten zeigte beispielsweise die Ausweitung und Verbreitung sowie einzelne Hotspots des afghanischen Aufstands in den Jahren 2008 und 2009 (O'Loughlin et al., 2010).

Institutionen werden sich zweifellos verändern. Dabei gibt es grundsätzlich zwei verschiedene Möglichkeiten: Die Teil-Öffentlichkeiten, die sie heute pflegen, können im Zuge erweiterter Berichtspflichten und Whistleblower-Regelungen kleiner, exklusiver werden. Sie könnten aber auch in einer Art Restaurationsbewegung größer werden, wenn die Sanktionen für die Verletzung von Organisationsgeheimnissen härter werden. Mit Blick auf die Entwicklung des Filesharings, das zur zögerlichen Entwicklung neuer Geschäftsmodelle führte, ist zu vermuten, dass sich jedenfalls die Regierungsführung hinsichtlich der Öffentlichkeit reformieren wird.

Literatur

- Alder, K. (2003). *Das Maß der Welt. Die Suche nach dem Urmeter*. 1. Aufl. München: Bertelsmann.
- Assange, J. (2006). State and Terrorist Conspiracies. Zugriff am 28.10.2011 unter <http://iq.org/conspiracies.pdf>
- Assange, J. (2011). *The Unauthorised Biography*. Canongate Books Ltd: Edinburgh. Kindle Edition
- Augstein, J. (2010). Wir Untertanen. *Der Freitag*, 03.12.2010. Zugriff am 28.10.2011 unter <http://www.freitag.de/politik/1048-wir-untertanen>
- Bernhardt, U. & Ruhmann, I. (2003). On Facts and Fictions of „Information Warfare“. In Booß-Bavnbek, B. & Høyrup, J. (Hrsg.), *Mathematics and War*. VIII. Birkhäuser: Basel, Boston Berlin
- Baranetsky, V. (2011). Essay: is WikiLeaks more dangerous than the alternative? *Harvard Civil Rights - Civil Liberties Law Review*, 05.01.2011. Zugriff am 28.10.2011 unter <http://harvardcrcl.org/2011/01/05/essay-is-wikileaks-more-dangerous-than-the-alternative>
- Bieber, C. (2010). Wikileaks, zum Dritten. Das Netz verändert sich, und wir müssen folgen. *The European (Online-Magazin)*, 08.12.2010. Zugriff am 28.10.2011 unter <http://www.theeuropean.de/christoph-bieber/5097-wikileaks-zum-dritten>.

- Brandeis, L. D. (1914). *Other's People's Money*. Chapter V: What Publicity can do. Zugriff am 28.10.2011 unter <http://www.law.louisville.edu/library/collections/brandeis/node/196>
- Brunkhorst, H.; Kreide, R. & Lafont, C. (2009). *Habermas-Handbuch*. Stuttgart: Metzler.
- Cook, S. & Kelly, S. (Hrsg.) (2011). *Freedom on the Net 2011: A Global Assessment of Internet and Digital Media*. Freedom House. Zugriff am 28.10.2011 unter <http://www.freedomhouse.org/images/File/FotN/FOTN2011.pdf>
- Dickinson, E. (2011). The First WikiLeaks Revolution? *Foreign Policy*, 13.01.2011. Zugriff am 28.10.2011 unter http://wikileaks.foreignpolicy.com/posts/2011/01/13/wikileaks_and_the_tunisia_protests?sms_ss=twitter&at_xt=4d2fb0630bc13672,0.
- Foucault, M. (2000). *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt a. M.: Fischer
- Hans-Bredow-Institut (Hrsg.) (2006). *Medien von A bis Z*. Wiesbaden: VS-Verlag
- Habermas, J. (1996). Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie. *Die Einbeziehung des Anderen*, (S. 277-292). Frankfurt a. M. 1996.
- Islam, R. (2003). *Do More Transparent Governments Govern Better?* World Bank Institute. Washington D.C. (Policy Research Working Paper, 3077).
- Kant, I. (1795). *Zum ewigen Frieden: Ein philosophischer Entwurf*. Nicolovius, F. (Hrsg.). Königsberg.
- Lessig, L. (2009). Against Transparency: The perils of openness in government. *The New Republic* 2009. Zugriff am 28.10.2011 unter <http://www.tnr.com/print/article/books-and-arts/against-transparency>
- Moechel, E. (2011). „Pfuscher-PC“s im geheimen SPIRNet. *FM4.ORF.at*, 14.3.2011, Zugriff am 28.10.2011 unter <http://fm4.orf.at/stories/1678588/>
- O'Loughlin, J.; Witmer, F. D. W.; Linke, A. M. & Thorwardson, N. (2010). Peering into the Fog of War: The Geography of the WikiLeaks Afghanistan War Logs, 2004–2009. *Eurasian Geography and Economics* 51(4), 472–495. Zugriff am 28.10.2011 unter http://www.colorado.edu/ibs/pec/johno/afpak/docs/OLoughlin_Wiki.pdf.
- Peters, B. (2001). Deliberative Öffentlichkeit. In Wingert, L. & Günther, K. (Hrsg.), *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit. Festschrift für Jürgen Habermas*, 1. Aufl. (S. 655–677). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Schechter, E. (2011). WikiLeaks: An Overview. Part II. Carnegie Council for Ethics in International Affairs (Hrsg.). Zugriff am 28.10.2011 unter: http://www.carnegiecouncil.org/resources/articles_papers_reports/0088.html/_res/id=sa_File1/Schechter_Wikileaks2.pdf.
- Strobl, T. (2010). Der Mensch wird neu formatiert. Ist Facebook ein Religionsersatz? Was können wir von Google lernen? Wie überstehen wir erfolgreich die mediale Überforderung? Ein Interview mit dem Soziologen Dirk Baecker. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2010, 31.05.2010. Zugriff am 28.10.2011 unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/digitales-denken/mediale-ueberforderung-der-mensch-wird-neu-formatiert-1982432.html>.
- Transparency International (2011). Über Transparency Deutschland. Zugriff am 28.10.2011 unter <http://www.transparency.de/UEber-uns.44.0.html>.
- Walker, P. (2011): Amnesty International hails WikiLeaks and Guardian as Arab spring ,catalysts'. *The Guardian*, 13.05.2011. Zugriff am 28.10.2011 unter http://www.guardian.co.uk/world/2011/may/13/amnesty-international-wikileaks-arab-spring?CMP=tw_t_gu.
- Warren, S. D. & Brandeis, L. D. (1890). The Right to Privacy. *Harvard Law Review*. Bd. IV, 15.12.1890, Nr. 5. Zugriff am 28.10.2011 unter http://groups.csail.mit.edu/mac/classes/6.805/articles/privacy/Privacy_brand_warr2.html.
- York, J. C. (2011). Not Twitter, Not WikiLeaks: A Human Revolution. *Blog von Jillian C. York*, 14.01.2011. Zugriff am 28.10.2011 unter <http://jilliancork.com/2011/01/14/not-twitter-not-wikileaks-a-human-revolution/>.